

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 27

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Annot.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5, 8244.

Hamburg, den 4. Juli 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
parellelle oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Kollegen!

Nehmt jede Gelegenheit wahr, noch fernstehende Berufskollegen aufzuklären und unserm Verbands zuzuführen! Nur eine starke Organisation bürgt für weitere Fortschritte, darum ans Werk, agitiert und organisiert!

Leisten die deutschen Gewerkschaften Kulturarbeit oder nicht?

II.
Herr Direktor Nos ist, wie es nach seiner Stellung und gar nicht anders zu erwarten ist, ein fanatischer Gegner der modernen Gewerkschaftsbewegung und ein Freund und Förderer der gelben Bewegung; er hat in seiner eigenen Fabrik einen gelben Werkverein großgezogen. Daß er unter diesen Umständen von einer Kulturarbeit der freien Gewerkschaften nichts wissen will, ist ganz selbstverständlich. Schon allein der häßliche Ton, den er anschlägt, beweist seine Unfähigkeit, unparteiisch zu urteilen. Er spricht ironisch von der segensreichen Tätigkeit der Gewerkschaften, die sich vor allem im Anzetteln von Streiks und in der tohen Verächtlichmachung Andersdenkender zeigt, und von der Kulturarbeit der organisierten Arbeiter, die mit Faust und Knüttel, den bekannnten geistigen Waffen der Sozialdemokratie, ihren unorganisierten Arbeitskollegen den Freiheitsdrang und das Unabhängigkeitsgefühl ausreiben. Man braucht solche Ausdrücke nur zu lesen, um zu wissen, welcher Geisteszustand der Herr Direktor ist. Und dabei fragt er ganz erstaunt, ob denn der Herr Professor gar keine Tageszeitungen liest, um zu erfahren, wie die Gewerkschafter in Fabriken und auf Bauplätzen die Freiheit der Persönlichkeit schätzen. Was will er mit einer solchen Anfechtung bezwecken? Er weiß ganz genau, daß Herr Dr. Kessler Zeitungen liest, in denen die bekannnten Terrorismus-Schaugeschichten erzählt werden, aber er kann es nicht verstehen, daß es auch in bürgerlichen Kreisen ehrliche Leute gibt, die sich durch eigene Beobachtung überzeugt haben, daß diese Erzählungen auf Uebertreibung und Schwindel beruhen. Der nicht so denkt wie Herr Nos, der ist ein dummer Herr, und wer seine abweichende Meinung vertritt, der ist ein Staatsfeind. Und wenn Herr Dr. Kessler noch oft erklärt, er sei kein Sozialist, sondern ein staatsfeindlicher Mann, es hilft ihm nichts, er wird mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen. „Tut nichts, der Jude wird verbrannt!“ sagt der Patriarch in Lessings Nathan.“

Der Herr Direktor Nos fährt aber noch schwereres Geschütz auf. Als Knalleffekt benutzt er einen seiner Arbeiter, der über 20 Jahre lang Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewesen sein soll, aber jetzt zum gelben Werkverein übergetreten ist. Diesen bekehrten Sünder, der in der Gewerkschaftsbewegung ein Paar Freunde hat, spielt er gegen den Professor auf. Mit demnächstem Behagen gibt er Aeußerungen wieder, die der Arbeiter seinem Direktor gegenüber getan hat. Man höre und staune! Also sprach der neugebackene Selbe:

Ich bin aus der sozialdemokratischen Organisation ausgeschieden und habe gern auf die durch jahrzehntelange Beitragsleistungen erworbenen Rechte verzichtet, weil ich wieder ein freier Mensch werden wollte. Das bin ich jetzt, nachdem ich dem Werkverein der Maschinenfabrik beigetreten bin, denn ich darf jetzt jede Zeitung lesen, die ich lesen will, ich darf jede Wirtschaft und meine Frau darf jeden Kaffeegarten in der Stadt besuchen, weil uns keine Berufs-erklärung nach dieser Hinsicht bindet, ich darf jetzt

abends zu Hause bleiben und bin nicht mehr gezwungen, fast allabendlich mein gutes Geld in sozialdemokratischen Versammlungen zu vertrinken, ich darf jetzt auch mit meinen Vorgesetzten freundlich verkehren, ich darf, wenn die Arbeit drängt, eine Ueberstunde machen und mir damit einen Nebenverdienst verschaffen, meine Frau darf wieder in die Kirche gehen, und ich durfte zu Ostern auch ein Kind konfirmieren lassen, und vor allen Dingen darf ich jetzt mein Geld in der Tasche behalten und brauche es nicht an die sozialdemokratische Organisation abzuführen, um dazu beizutragen, daß Tausende von Leuten, die nicht gern arbeiten, ein bequemes Leben haben. Es soll dabei nicht verschwiegen werden, daß ich jetzt als Angehöriger des Werkvereins mit geringeren Beitragsleistungen höhere wirtschaftliche Vorteile habe, als ich sie früher genoss, als ich noch zu den Rassen der freien Gewerkschaften steuern mußte. Der Werkverein sorgt nicht bloß im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit für mich, er wird auch, nachdem eine Pensionskasse ins Leben gerufen ist, für mich eintreten, wenn ich teilweise oder ganz erwerbsunfähig sein werde.

Wir haben diese Bekenntnisse einer schönen Seele wortwörtlich wiedergegeben, um unsern Kollegen die Möglichkeit zu bieten, sie auf ihren Inhalt zu prüfen, und wir enthalten uns jeder Widerlegung, weil wir wissen, daß sie an dem gesunden Urteil der organisierten Arbeiter wirkungslos abprallen werden. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit, die sich die Gewerkschaften gegen ihre Mitglieder erlauben — wenn man dem gelben Ergewerkschafter glauben darf — ist ja eine solch ungeheuerliche und erstreckt sich auf soviel Dinge, die mit den gewerkschaftlichen Forderungen nichts zu tun haben, daß man sich wundern muß, daß es überhaupt noch Mitglieder gibt, die sich gegen einen derartigen Zwang nicht empören. Aber was sollen wir uns mit Lebensarten beschäftigen, die jeder Kenner des Sachverhalts als faustdicke Lügen empfindet? Dem Herrn Fabrikdirektor müssen sie allerdings wie Musik in den Ohren geklungen haben. Die Verleumdung der sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihrer Führer einerseits und die Lobhudelei des gelben Werkvereins andererseits sind ja Wasser auf seine Mühle. Deshalb stellt er flugs diesen Arbeiter, der sich offensichtlich bei ihm anschmufen und einschmeicheln will, dem Professor gegenüber. „Sehen Sie, Herr Professor,“ ruft er triumphierend aus, „so urteilt ein Arbeiter, der jahrzehntelang im gewerkschaftlichen Kampf stand, im Gegensatz zu Ihnen, der Sie die Verhältnisse in Fabriken kaum vom Hörensagen kennen und der Sie auch keine Ahnung haben von den außerordentlichen Gefahren, die unser ganzes wirtschaftliches Leben bedrohen, wenn der Uebermacht der Gewerkschaften nicht ein Kiegel vorgeschoben wird. Sie wollen den nach Ihrer Behauptung von den Unternehmern „künstlich gezüchteten“ nationalen Gewerkschaften mit dem gleichen Atemzug die Existenzberechtigung abstreiten, mit dem Sie einen überschwenglichen Lobeshymnus anstimmen auf die Gewerkschaften, welche unser ganzes staatliches und gesellschaftliches Leben von Grund auf zerstören wollen. Sie sind also

der Meinung, daß die roten Gewerkschaften im Recht sind, wenn sie unter Anwendung brutalsten Zwanges andersdenkende Arbeiter in ihre Verbände hineinzwängen und diejenigen, die sich dem Zwange nicht fügen wollen, verprügeln, brotlos machen und von Betrieb zu Betrieb durch ganz Deutschland heizen. Sie, Herr Professor, halten es für unmoralisch, wenn die nicht zu den roten Gewerkschaften sich zählenden Arbeiter zum Schutz gegen diesen bodenlosen und unerträglichen Terrorismus sich zusammenschließen. Ueber eine solche Verfehrung aller Begriffe von Ordnung, Recht und Gerechtigkeit läßt sich natürlich nicht mehr streiten.“

So, nun ist der Herr Professor mauferot geschlagen, er liegt besiegt auf der Strecke. Der Herr Direktor, Arm in Arm mit seinem gelben Arbeiter, hat den „Beweis“ erbracht, daß es nichts ist mit der Kulturarbeit der deutschen freien Gewerkschaften. Diese Gewerkschaften sind weit davon entfernt, der Arbeiterschaft irgendwelche Vorteile zu bringen; im Gegenteil, sie unterdrücken und entrechteten die Arbeiter, nehmen ihnen das Geld ab und brutalisieren sie in der schenkslichsten Weise, wenn sie auf Widerstand stoßen. Und obendrein wollen sie noch unser ganzes öffentliches Leben zerstören und alles über den Haufen werfen. So lautet das Verdammungsurteil des Herrn Direktors Nos, und damit sind für ihn die Lobredner der Gewerkschaftsbewegung aus bürgerlichen Kreisen ein für allemal erledigt und abgetan. Glücklicherweise aber ist damit unsere Gewerkschaftsbewegung selbst noch lange nicht abgetan; denn sie hat positive Erfolge aufzuweisen, gegen die alle Bannflüche der Schwarzmaier wirkungslos sind. Bekanntlich sprechen Tatsachen eine viel gewichtigere Sprache, als Redensarten und leere Behauptungen. Sehen wir einmal, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhält, und wir werden imstande sein, ein Urteil zu fällen, ob der Professor oder der Direktor recht hat.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten große kulturelle Fortschritte gemacht hat. Nicht nur ihre wirtschaftliche Lage hat sich gebessert, sondern auch in geistiger und moralischer Beziehung ist der Aufstieg unverkennbar. Wer Gelegenheit gehabt hat, seit mehr als drei Jahrzehnten in Arbeiterkreisen zu verkehren, der wird diese Veränderung deutlich beobachtet haben. Die geistige Reife und die gesteigerte Intelligenz der heutigen Arbeiter im Gegensatz zu ihren Vorfahren kommt in ihrem selbstsicheren und selbstbewussten Auftreten zum Ausdruck. Der Unterschied zwischen einem aufgeklärten Arbeiter und einem Angehörigen der gebildeten Mittelschichten wird immer geringer, und bei öffentlichen Versammlungen ist er kaum noch wahrnehmbar. Manche Leute, die die Arbeiter nur in ihrer Werktagskleidung oder aus Karikaturen kennen, sind ganz überascht, wenn sie bei künstlerischen oder wissenschaftlichen Veranstaltungen mit Arbeitern zusammentreffen, und wollen es dann gar nicht glauben, daß sie es mit wirklichen Arbeitern zu tun gehabt haben. Was die moralische Hebung der Arbeiterklasse angeht, so weisen wir nur hin auf das Eindämmen des Alkoholismus, die Veredelung der Vergnügungen, die Stärkung des Solidarismus usw. Alles in allem genommen, steht die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands heute ganz anders da als vor fünfzig Jahren. Und da wirft sich doch die Frage auf, wem dieser Aufstieg zu verdanken ist. Will der Herr Direktor Nos wirklich im Ernst behaupten, daß es nicht die Ar-

beiterorganisationen seien, die ihn bewirkt haben? Er bringe uns doch ein einziges Beispiel, daß Staat oder Unternehmertum den auf die Erreichung einer höheren Kulturstufe gerichteten Bestrebungen irgendwelche Förderung hätten angedeihen lassen. Er wird es nicht können, wohl aber sind wir in der Lage, ihm tausend Beweise zu bringen, daß sie alles getan haben, um den kulturellen Aufstieg des Proletariats zu hemmen und unmöglich zu machen. Das wird doch kein ehrlicher Beobachter leugnen, daß die deutschen Arbeiter allen Widerständen zum Trotz emporgestiegen sind, und zwar mit Hilfe ihrer Organisationen. Und wenn man ermeslen will, welche Kulturarbeit die vielverleierten deutschen Gewerkschaften geleistet haben, so gehe man nur dorthin, wo es keine oder nur schwache gewerkschaftliche Organisationen gibt. Dort findet man nicht nur schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen, mangelhafte Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse, sondern auch einen niedrigen Bildungsstand und einen moralischen Tiefstand. Diese Rückständigkeit auf allen Gebieten bewirkt es denn auch, daß die Arbeiter kein Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen besitzen, daß sie vielmehr gebückt und gedrückt durchs Leben schleichen und ihre Hoffnung auf das bessere Jenseits setzen. Damit vergleiche man das gesamte Auftreten und die gesamte Lebensführung der Arbeiterschichten jener Gegenden, wo die Gewerkschaften ihre regenreiche Tätigkeit entfalten.

Wenn man alles dies berücksichtigt, so erfordert es die Gerechtigkeit, unumwunden zuzugeben, daß der Herr Professor Dr. Kessler recht hat, wenn er den Gewerkschaften eine große Kulturarbeit zuschreibt, daß aber der Herr Fabrikdirektor Mos absichtlich die Augen verschließt, wenn er diese Kulturarbeit leugnet. Die Gewerkschaftsbewegung wird unbekümmert um Freund und Feind ihren Weg weitergehen zum Segen der deutschen Arbeiterschaft.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.

VII.

Der Manufakturbetrieb.

Wir haben bis jetzt die Entstehung der Manufaktur betrachtet und müssen notwendigerweise uns auch kurz mit den Hauptträgern der Manufakturproduktion befassen, den Arbeitern. Es ist leicht einzusehen, daß dieselbe Tag für Tag vom Manufakturarbeiter ausgeführte einfache Arbeitsverrichtung nicht ohne Einfluß blieb auf seine Arbeitsgeschicklichkeit. Er lernte die ihm obliegende Operation in der Herstellung des Manufakturzeugnisses durch die beständige Übung viel schneller machen als ein Handwerker, der das ganze Stück vom Rohstoff bis zum Fertigen herzustellen hatte. Dadurch wurde vor allen Dingen die Ergiebigkeit der Arbeit stark gesteigert. Weiter aber eigneten sich die Arbeiter durch das ewige Einerlei ihrer Betätigung eine Reihe von Kunstgriffen an, deren Erfindung dem Handwerker nicht so leicht gelingen konnte und die die Arbeit erheblich vereinfachten und beschleunigten. Karl Marx schreibt darüber im Abschnitt des „Kapitals“, der in klassischer Weise die Manufaktur schildert: „Die Manufaktur produziert in der Tat die Virtuosität des Detailarbeiters, indem sie die naturwüchsige Sonderung der Gewerbe, die sie in der Gesellschaft vorfand, im Innern der Werkstatt reproduziert und systematisch zum Extrem treibt. Andererseits entspricht ihre Verwandlung der Teilarbeit in den Lebensberuf eines Menschen dem Trieb früherer Gesellschaften, die Gewerbe erblich zu machen, sie in Kasten zu versteinern oder in Zünfte zu verfaßern, falls bestimmte historische Bedingungen dem Kastenwesen widersprechende Variabilität des Individuums erzeugen. Kasten und Zünfte entspringen aus demselben Naturgesetz, welches die Sonderung von Pflanzen und Tieren in Arten und Unterarten regelt, nur daß auf einem gewissen Entwicklungsgrad die Erblichkeit der Kasten oder die Ausschließlichkeit der Zünfte als gesellschaftliches Gesetz dekretiert wird.“

Noch eine Reihe anderer Vorteile entspringen aus der Teilung der Arbeit und ihrer planvollen Wiederbereinigung — was E. Sombart treffend als „arbeitsteilige Kooperation“ bezeichnet. Ein Handwerker, der sämtliche Operationen zur Herstellung eines Gegenstandes nacheinander allein machen muß, hat bald den Arbeitsplatz, bald seine Werkzeuge zu wechseln. Durch den Uebergang von der einen zur andern Operation entstehen natürlich Pausen in seiner produktiven Tätigkeit, die Marx als „Poren in seinem Arbeitstag“ bezeichnet! Diese fallen natürlich beim Spezialarbeiter der Manufaktur, der immer nur dasselbe tut, vollständig fort oder verringern sich beim allmählichen Uebergang zur Spezialarbeit. Hierdurch wird an unproduktiver Tätigkeit gespart und die Produktivität der Arbeit gesteigert, denn in derselben Arbeitszeit kann der Manufakturarbeiter mehr schöpferische Arbeitskraft verausgaben als ein selbständiger, auf sich allein angewiesener Handwerker.

Aber die Produktivität der Arbeit hängt nicht allein ab von der Gewandtheit und Geschicklichkeit des Arbeiters, sondern sie wird weiter beeinflusst von der Vollkommenheit der ihm zur Verfügung stehenden Werkzeuge. In jedem Arbeitsprozeß werden Schneide-, Schlag- und Bohrinstrumente gebraucht, und zwar dieselben Instrumente meistens zu sehr verschiedenen Verrichtungen. Im Spezialarbeitsprozeß der Manufaktur indes wendet man für jede Verrichtung nur für sie eigens hergestellte Werkzeuge an. Mit der Gewinnung neuer technischer Kunstgriffe werden sie natürlich immer mehr verfeinert und spezialisiert. Um 1860 belief sich allein die Zahl der in Birmingham in England zu verschiedenen Zwecken hergestellten Hämmerarten auf über 500. Heute reicht ihre Zahl weit bis in die Tausende. „Die Manufakturperiode vereinfacht, verbessert und vermannigfaltigt die Arbeitswerkzeuge durch deren Anpassung an die ausschließlichen Sonderfunktionen der Teilarbeiter. Sie schafft damit zugleich eine der materiellen Bedingungen der Maschinerie, die aus einer Kombination einfacher Instrumente besteht.“ (Marx.)

Marx unterscheidet zweierlei Formen von Manufaktur: die organische und die heterogene. Diese Einteilung ergibt sich ohne weiteres aus dem Charakter der herzustellenden Waren. Diese werden entweder gebildet aus der rein mechanischen Zusammenfügung einer Anzahl selbständiger Teilprodukte, was in der heterogenen Manufaktur geschieht. Oder die Erzeugnisse werden in einer Reihenfolge zusammenhängender Operationen produziert, und dies ist das Wesen der organischen Manufaktur. Als Beispiel der heterogenen Manufaktur führt Marx die Uhrenfabrikation an. Er zählt nicht weniger als 38 verschiedene Teilarbeiter auf, die einzelne Stücke der Uhr herstellen, womit aber ihre Zahl noch nicht erschöpft ist. Alle diese Arbeiter sind meistens nicht in zusammenhängenden Werkstätten des Kapitalisten beschäftigt, sondern arbeiten wie unter dem Verlagsystem in eigener Behausung. Aber es bestehen auch große Uhrenmanufakturen, in denen die Arbeiter in Werkstätten des Manufakturisten beschäftigt sind, wie zum Beispiel in Genf. Aber auch da werden Ziffernblätter, Gehäuse und Federn nicht immer in der Manufaktur hergestellt. Manufakturen dieser Art werden nur selten angelegt, weil die Zersplitterung der Produktion in eine große Reihe selbständiger, ungleichartiger Arbeitsprozesse die Verwendung gemeinschaftlicher Arbeitsmittel kaum gestattet. Natürlich ist die Folge davon eine Vertenerung der Produktion, während bei der zersplitterten oder dezentralisierten Erzeugung der Kapitalist die Ausgaben für Arbeitsräume, Werkzeuge usw. spart.

Ein Beispiel der andern Form, in der Manufakturen möglich sind, ist die Manufaktur für Nähadeln oder Möbel, Tapeten, die auch noch heute bestehende Porzellanmanufaktur usw. In der Nähadelmanufaktur hat der Rohstoff Draht die Hände von etwa 72 bis 92 selbständigen Spezialarbeitern zu durchlaufen, ehe er sich als Nadel darstellt.

Durch die Zerlegung eines Arbeitsprozesses in eine Reihe selbständiger Arbeitsorganisationen werden diese voneinander isoliert und könnten eventuell als selbständige Handwerke nebeneinander bestehen. „Die Herstellung und Erhaltung des Zusammenhanges zwischen den isolierten Funktionen benötigt beständigen Transport des Rohwerkes aus einer Hand in die andere und aus einem Prozeß in den andern. Vom Standpunkt der großen Industrie tritt dies als eine kostspielige und dem Prinzip der Manufaktur immanente (eigentümliche) Beschränktheit hervor.“ (Marx.)

In der Manufaktur wird der Rohstoff gleichzeitig in seinen verschiedenen Produktionsabschnitten bearbeitet; obwohl sie zeitlich aufeinander folgen, sind sie räumlich nebeneinander vereinigt. Während in der Nadelmanufaktur der Draht zerschnitten oder in der Möbelmanufaktur das Oberteil zu einem Schrank poliert wird, schärfen andere Arbeiter gleichzeitig schon zerschnittenen Draht an und setzt man in der Möbelmanufaktur Schränke aus ihren Bestandteilen zusammen. Dies ist zwar eine Folge der arbeitsteiligen Kooperation in der Manufaktur, aber diese muß sie sich teilweise erst noch schaffen aus der Zerlegung der handwerksmäßigen Gesamttätigkeit. Sie muß also den Handwerker zum Detailarbeiter umbilden. Hieraus folgt nun wieder, daß in der Manufaktur die eine Arbeitergruppe auf die Tätigkeit der andern angewiesen ist; sie liefern sich gegenseitig die Rohstoffe zu ihrer Arbeit. Da aber nicht alle Teilprozesse gleich viel Arbeitszeit beanspruchen, so ist damit wieder ein bestimmtes Größenverhältnis für die Detailarbeitergruppen gegeben, wenn die Produktion beständig in Fluß bleiben soll. Dies Verhältnis ist zahlenmäßig zum Ausdruck zu bringen und durch die Erfahrung festgesetzt. Es kann daher nur dann eine Arbeitergruppe vergrößert werden, wenn das in entsprechendem Maße auch mit der andern geschieht, da sonst die Produktion ins Stocken geriet und verteuert würde.

Marx demonstriert dies Verhältnis an der Typenmanufaktur. Hier kommen vier Gießer und zwei Abbrecher auf einen Frotierer, und zwar stellt der Gießer stündlich 200 Typen her, bricht der Abbrecher 4000 ab,

während der Frotierer 8000 blank reibt. Soll die Manufaktur vergrößert werden, so muß der Manufakturist, will er nicht Schaden erleiden, dafür sorgen, daß immer auf einen mehr angestellten Frotierer zwei Abbrecher und vier Gießer kommen.

Aber auch innerhalb einzelner Arbeitergruppen sind noch in verschiedenen Manufakturen Gliederungen notwendig, wie zum Beispiel in der Glasmanufaktur. Die Herstellung von Glasflaschen zerfällt in drei große Hauptabschnitte, erstens in die Herstellung der Glascomposition und ihre Schmelzung zum flüssigen Glasbrei. Dann kommt die eigentliche Flaschenherstellung und zum Schluß die Entfernung dieser aus den Trocknöfen, Verpackung usw. Vor dem Glasofen mit flüssigem Glas arbeitet die Gruppe der eigentlichen Flaschenmacher, die aus fünf Arbeitern besteht. Jeder dieser ist vom andern abhängig und die ganze Gruppe kann nicht arbeiten, falls eines ihrer Mitglieder fehlt. Diese fünf Arbeiter bilden die Einzelorgane eines Arbeitskörpers, der nur durch die Kooperation der fünf tätig sein kann. Jeder Glasofen hat mehrere Öffnungen, vor deren jeder eine solche zusammengesetzte Gruppe wirkt. Alle diese Arbeitergruppen kooperieren also wieder, indem sie ein Produktionsmittel, hier den Glasofen, gemeinsam benutzen.

Endlich gibt es noch Kombinationen verschiedener Manufakturen. Da das Gedeihen einer Glasmanufaktur zum Beispiel sehr von der Güte der benutzten Schmelztafel abhängt, produzieren größere Unternehmen ihren Tiegelbedarf selbst. Sie gliedern sich also eine Tiegelmanufaktur an, die unter derselben Kapitalherrschaft wie sie steht. Flintglasmanufakturen findet man kombiniert mit Selbstgießereimanufakturen, die letzteren die Metallfassungen für die verschiedenen Glaswaren liefern; auf diese Art wird eine große zusammengesetzte Manufaktur gebildet, deren einzelne Teile aber technisch voneinander vollständig unabhängige Betriebe sind; beide haben eigene Arbeitsteilung.

Die Maschine spielte in der Manufaktur keine große Rolle. Am kurz die Maschine gegen das Werkzeug zu charakterisieren: Die Maschine ist eine Vorrichtung, die menschliche Arbeit zu ersetzen imstande ist, während das Werkzeug nur menschliche Arbeit unterstützt, oder anders ausgedrückt: der Mensch bedient die Maschine und bedient sich des Werkzeugs. So ist der einfache Hammer mit dem wir einen Nagel in die Wand schlagen, ein Werkzeug, weil er unsere Arbeit unterstützt, sie wirksam macht. Dagegen stellt der Aufdruckhammer eine Maschine dar, weil er das Nägeleinschlagen oder Vernieten vollständig allein besorgt. Der Maschinist hat nur seinen Gang zu beaufsichtigen. In der Papiermanufaktur wurden zum Beispiel kleineren der Lumpen Papiermühlen angewandt und in der Metallurgie das Zerstoßen der Erzmassen durch Hochmühlen besorgt. Im allgemeinen aber war der Gebrauch von Maschinen in der Manufaktur von untergeordneter Bedeutung, wodurch sie auch gerade gegen die moderne Fabrik charakterisiert.

Kurz bemerkt sei noch, daß auf die Manufaktur auch die Bildung von geschickten und ungeschickten Arbeitern zurückgeht, die unsern heutigen Gelehrten und Ungelernten entsprechen. Manche Operation der Manufaktur erfordert größere, manche kleinere Geschicklichkeit und Befähigung und dementsprechend war dann auch die Ausbildung der Arbeiter und die Höhe der Löhne.

Wer von unsern Kollegen die Manufaktur noch eingehender studieren will, möge die betreffenden Kapitel des Marx'schen „Kapital“ nachlesen, an die sich auch die obige kurze Schilderung anschließt.

Sicherung der Bauforderungen.

Auf Wunsch des Landtags hat die preussische Regierung eine Erhebung über die Verluste der Bauhandwerker in Groß-Berlin vorgenommen, deren Resultate jetzt erschienen sind. Sie sind geradezu erschreckend. In der kurzen Zeit von drei Jahren, 1909 bis 1911, sind (ohne die öffentlichen Bauten) fast 7000 Gebäude in Berlin errichtet worden. Nicht weniger als 2800 davon = 40 1/2 pSt. sind Verluste entstanden, und zwar in der unheimlichen Höhe von 20 1/2 Millionen Mark! Das sind ganz erschreckende Zahlen, und wenn man bedenkt, daß es in den übrigen Großstädten wie auch in mancher mittleren Stadt, soweit sie sich nicht wächst, nicht viel anders sein wird, so ist es verständlich, daß der Wunsch nach geschicktem Schutz der Bauforderungen wieder laut erhoben wird. Nun gibt es bekanntlich seit dem Jahre 1909 ein Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen, das aus zwei Teilen besteht. Der erste Teil gilt überhaupt weiter für das ganze Reich, der zweite Teil tritt in einzelnen Bundesstaaten nur auf besondere landesherrliche Verordnung in Kraft. In Preußen gilt er bisher nicht und jetzt sind diejenigen, die sich auf billige Art bei dem Mittelstand beliebt machen wollen, wieder drauf und davon keine Einführung zu verlangen. Wer da nicht blind macht, wird als Feind des kleinen Mannes hingestellt.

Dabei sollte schon die Erfahrung Bedenken erregen, man mit dem ersten Teil des Gesetzes gemacht hat.

Neunter Gewerkschaftskongress in München.

München, den 25. Juni 1914.

Im größten Saal Münchens, im „Münchner Klub-Keller“, fanden die Verhandlungen des Kongresses statt. 450 Delegierte waren erschienen; außerdem waren Vertreter der englischen, österreichischen, schweizerischen, ungarischen und skandinavischen Gewerkschaftsorganisationen anwesend. Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, begrüßte die Delegierten, Gäste und die erschienenen ausländischen Vertreter. Seit dem letzten Kongress vor drei Jahren ist eine schwere wirtschaftliche Krise hereingebrochen, zugleich hat aber auch eine verstärkte Forderung gegen unsere gewerkschaftlichen Organisationen eingetreten; man hätte vielleicht die Vorsicht üben können, Themen wegzulassen, die politisch klingen, nachdem man den Versuch unternommen, die Gewerkschaften für politisch zu erklären. Wir lassen uns aber das Recht nicht nehmen, Dinge zu behandeln, die im Interesse der Arbeiter behandelt werden müssen. Die Situation ist ähnlich der wie auf dem Kongress 1899 zu Frankfurt a. M. Damals tagten wir unter dem Zeichen des Buchtauschurses. Jetzt droht man uns mit einem Gesetz zum Schutze der Streikbrecher. Was will man mit einem solchen Gesetz? Wäre es nicht gerade im Gegenteil nötig, die Streikenden vor den Gewalttaten der Arbeitswilligen zu schützen? Aber man will Leute schützen, die nicht eine Spur sozialen Gefühls, die kein Verständnis für Solidarität besitzen, die mit dazu beitragen, den Aufstieg der Arbeiterklasse zu höherer Kultur zu verhindern! Das ist der Zweck der verlangten Gesetzgebung, aber auch hierzu können wir erklären: Wir fürchten diese Gesetzgebung zum Schutze der Streikbrecher nicht, aber wir wünschen sie auch nicht, und wir wünschen sie nicht im Interesse des sozialen Friedens. Kommt eine solche Gesetzgebung, so wird und muß sie eine Emitterung in unsere Kämpfe tragen, die mit ihnen nicht notwendig verbunden sein muß. Deshalb wäre zu wünschen, daß es nicht zu einer derartigen Gesetzgebung kommt; im übrigen können wir erklären: Wir brauchen auch vor diesem neuesten Kurs, der sich gegen die Gewerkschaftsorganisation richtet, keine Sorge und keine Furcht zu haben. Und trotzdem sind wir in den letzten Jahren wieder erfreulich weiter vorwärts geschritten!

Auf dem Dresdner Kongress waren 2270 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, auf diesem Kongress sind 2566 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften vertreten, also um 280 000 mehr! Während das letzte Quartal von 1913 den beträchtlichen Verlust von 80 000 Mitgliedern gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres brachte, ist die Gesamtmitgliedszahl seit damals wieder um 81 000 gestiegen. So können wir wohl unsere Verhandlungen beginnen in der Voraussetzung, daß sie beitragen werden, diese äußere Entwicklung und Ausdehnung der Organisation weiter zu fördern.

Im Namen des Münchner Gewerkschaftsvereins begrüßte Limm die Delegierten. Er schilderte kurz den Aufstieg der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung in München in den letzten zehn Jahren und sprach die Hoffnung aus, daß die Tagung des Kongresses guten Erfolg habe und die Delegierten einen Teil der Münchner Gemütslichkeit mit nach Hause nehmen. Weiter folgte die Begrüßung der ausländischen Vertreter. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Legien, Beipart und Schlick. Der Antrag, die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt.

Darauf erstattete Legien den Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Er kennzeichnete in prägnanter Weise die gegenwärtige Situation, das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten, die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften für politisch zu erklären. Unzweifelhaft hob er hervor: Die Gewerkschaften wollen nicht politisch werden, auch wenn man es polizeilich dazu zwingt. Der Zweck des Vorgehens ist, uns die jugendlichen Arbeiter zu entreißen; aber wir lassen uns die proletarische Jugend nicht entreißen und wir werden unter allen Umständen die Form zu finden wissen, in der wir uns die proletarische Jugend erhalten. Bei der Besprechung der Grenzstreitigkeiten erklärte der Referent ausdrücklich, daß er wie überhaupt die gesamte Generalkommission auf dem Boden der Berufsorganisation stehe, die jedenfalls auch noch für eine Reihe von Jahren die Grundlage bilden werde. Weiter bespricht Redner die Unterrichtskurse, die statistischen Arbeiten der Generalkommission, die noch nicht genügend seien, und schloß seine Ausführungen damit, daß die Generalkommission sich stets von dem Gesichtspunkte habe leiten lassen, dem Interesse der Gesamtheit zu dienen.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine sachliche Diskussion, worauf Genosse Rube den Rassenbericht erstattete. Auf Antrag der Revisoren erfolgte einstimmig die Entlastung. Am zweiten Kongrestag erfolgte eine sehr eingehende Berichterstattung über das Arbeiterinnensekretariat durch die Leiterin desselben, Gertrud Panna. Nach kurzer Diskussion sprach der Kongress der Sekretärin seine volle Anerkennung für ihre Tätigkeit aus.

Zu einem hochinteressanten Bericht gestalteten sich die Ausführungen des Leiters der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission, Robert Schmidt, der mit einem reichhaltigen, sorgfältig durchgearbeiteten Material einen großartigen Überblick über das gesamte sozialpolitische Gebiet in Deutschland gab. Er legte dar, wie der Stillstand der deutschen Sozialpolitik zusammenfällt mit den großen Fortschritten im Auslande. Während man bei uns die Arbeitslosenversicherung als ein unlösbares Problem hinstellt, sind im Auslande bedeutende Fortschritte auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu beobachten. Die englische Arbeitslosenversicherung umfasse zweieinhalb Millionen Arbeiter und gerade die Berufe, wie zum Beispiel das Baugewerbe, die am schwersten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Ebenso stellt er fest, daß Deutschland, das sich immer rühmt, an der Spitze der Sozialpolitik zu marschieren, noch immer nicht den

Normalarbeitstag hat, den die Schweiz seit 1877 eingeführt und den man jetzt durch ein neues Gesetz weiter vergrößert hat. Es selbst auf dem Gebiete, auf dem wir bahnbrechend waren, auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, ist es heute schon von einer Reihe anderer Staaten überholt. Und alle diese Rückschritte fallen zusammen mit einem immer mehr steigenden Reichum der herrschenden Klasse, mit einem ungeheuren Anwachsen des Nationalvermögens, mit hohen Gewinnen der Aktien-gesellschaften. Der Steigszug des Kapitals aber ist begleitet von dem tiefen Elend der Arbeiterklasse, was der Redner durch seine Schilderung über die tatsächlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse veranschaulicht. Nicht Stillstand, sondern Fortschritt der Sozialpolitik heißt die Lösung. Aber je mehr die Gesetzgebung versagt, um so notwendiger wird die Selbsthilfe der Arbeiter. Wenn wir aber vergeblich an die Gesetzgebung appellieren, damit sie ihre Aufgabe erfüllt, dann dürfen wir auch nicht die Wirkung unserer gewerkschaftlichen Selbsthilfe unterschätzen. Die passive Haltung der Regierungen muß um so lebhafter die Aktion der Gewerkschaften anregen. Nicht in der Anwendung von Mitteln, die mit löblichen Worten angekündigt werden, erblicken die Gewerkschaften ihre Macht, sondern in der ruhigen, kühlen Abwägung des Erreichbaren.

Die Gewerkschaften können manches erreichen, was die Gesetzgebung den Arbeitern vorenthält; aber eines bedarf es dazu, sie bedürfen der Bewegungsfreiheit, und sie werden mit aller Zähigkeit an dieser grundsätzlichen Forderung festhalten: Bewegungsfreiheit nach allen Seiten und Gleichstellung mit den Gegnern.

Die Gewerkschaften haben den Weg der Gesetzmäßigkeit nicht verlassen. Werden sie aber unter ein Ausnahmefgesetz gestellt, verlassen die herrschenden Kreise den Boden des gleichen Rechtes, dann ist auch für uns die Grundlage der Taktik verloren.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat gezeigt, daß sie Opfer bringt. Sie verzichtet nicht auf den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft. Sie wird sich den Weg bahnen für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Eine Arbeiterklasse, die aus eigener Kraft in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und auf politischem Gebiet so festgelegte hohe Werte geschaffen hat, einer solchen Arbeiterklasse können durch die Maßnahmen der Justiz und der Polizei wohl die großen Massenangelegenheiten vor Augen geführt werden, aber zu vernichten sind diese Schöpfungen der deutschen Arbeiterklasse nicht. Das Ideal einer großen aufwärtsstrebenden Schicht, das in der Hoffnung auf die Zukunft seine Kraft erblickt, ist nicht zu vernichten durch rohe Gewalt. Wohl aber wird der Glaube gefestigt werden an das Gerechte und das Siegende ihrer Idee.

Die vom Referenten dem Kongress unterbreitete Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Förderung der sozialen Gesetzgebung wird immer in den von kapitalistischen Interessen beherrschten Staaten auf starken Widerstand stoßen. Von engherzigen materiellen Gesichtspunkten geleitet, glaubt die Kapitalistenklasse in jeder Einengung ihrer herrschenden Stellung gegenüber den Arbeitern die Schädigung ihrer unantastbaren Interessen zu erblicken. Selbst der unbedeutendste Eingriff in ihr freies Schalten und Walten wird nicht selten als mit dem Staatswohl und dem gesamten wirtschaftlichen Interesse im Widerspruch stehend hingestellt. Das Gesamtinteresse ist nicht das Kapitalisteninteresse. Volksgesundheit und wirtschaftliches Wohlergehen der Volksmassen müssen höher stehen als die Förderung des Anhäufens der Reichtümer und der wirtschaftlichen Machtenkaltung einer verhältnismäßig kleinen Gruppe kapitalistischer Interessenten. Wenn gegenwärtig von einflussreichen Unternehmerverbänden lauter als je der Ruf nach einem Stillstand der Sozialpolitik ertönt, so hat dafür nicht die angeblich hohe Entwicklung der sozialen Gesetzgebung den Anreiz gegeben, sondern das Drängen jener Kreise nach politischer und wirtschaftlicher Machtenkaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. In diesem Ringen um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse fordert der Kongress die Arbeiterklasse auf, ihre Kräfte in der Organisation zu sammeln, in der Gewerkschaft die Position zu stärken, von der aus die Abwehr reaktionärer Maßnahmen möglich ist und dem Fortschritt aus eigener Kraft der Weg geebnet wird. Hier kann die Arbeiterklasse als Dränger und Mahner erscheinen: nicht Stillstand, sondern Fortschritt in der Sozialpolitik soll unser Kampfziel sein.“

Ebenfalls angenommen wird eine von Sabbath vorgelegte Resolution, betreffend Heimarbeiterschutz und der von Bauer begründete Antrag:

„Die durch die Reichsversicherungsordnung getroffene Regelung der Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden ist unzureichend, fehlerhaft und praktisch nicht durchführbar. Die schleunige Aenderung der in Frage kommenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ist eine dringende Notwendigkeit. Eine befriedigende, den Bedürfnissen des Hausgewerbes Rechnung tragende Lösung der Krankenversicherungspflicht der Gewerbetreibenden kann nur erreicht werden, wenn Melde-, Beitrags- und Unterstützungspflicht nach denselben Grundsätzen geregelt werden, die für die Krankenversicherungspflicht der gewerblichen Arbeiter maßgebend sind. Der Kongress richtet an Reichstag und Bundesrat das dringende Ersuchen, die im zweiten Buch der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Bestimmungen über die Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden baldigst in diesem Sinne zu ändern.“

Es folgt noch der Bericht des Zentralarbeitssekretariats durch ein instruktives Referat von Wiffel, dem sich eine kurze Diskussion im Sinne des Referats anschloß. Der Generalkommission und allen ihren Unterabteilungen wurde danach einstimmig Entlastung erteilt.

(Schluß folgt.)

ber am 1. Juni 1909 in Kraft trat, wurde von gewissen Reuten den Bauhandwerkern das Blaue vom Himmel herunter versprochen, wie dieses Gesetz sie gegen Verluste schützen würde. Und drei Jahre später, im Juni 1912, tat niemand anders als der Ingolischer verstorbenen konservative Abgeordnete Felisch, ein „Mittelstandskritiker“ ersten Ranges, im preussischen Abgeordnetenhaus den Ausdruck, das Gesetz sei „ein Schlag ins Wasser“ gewesen. Wie Recht er hatte, zeigen die jetzt von der Regierung veröffentlichten Zahlen. Der Bauerschwindel hat nicht im mindesten abgenommen. Wie sollte er auch! Besagt doch das Gesetz, kurz zusammengefaßt, nur folgendes: Wer Baugeld bekommt, muß es auch zur Bezahlung von Bauforderungen verwenden; er muß ein Baubuch führen und am Bau den Namen und Wohnort des Eigentümers und Unternehmers anbringen. Wer es nicht tut, wird bestraft. Es ist eigentlich launig zu begreifen, wie man sich davon irgendeine Sicherheit hat versprechen können. Wer die Bauhandwerker betrügen will, findet ohne Mühe Mittel und Wege, um sogar der Bestrafung zu entgehen. Denn Maschinen mußte das Gesetz — wie jedes Gesetz — genügend lassen. So zum Beispiel wird einer, der Baugeld nicht nach Vorschrift verwendet, nur dann bestraft, wenn er es „vorsätzlich zum Nachteil der Bauausübiger“ getan hat. Nun soll mal einer einem gewissen Bauhüben solchen Vorsatz nachweisen!

Jetzt wird aber gesagt, der Fehler ist, daß man den zweiten Teil des Gesetzes nicht ebenfalls in Kraft gesetzt hat. Man hole das nach und die Verluste werden aufhören. — Was steht denn im zweiten Teil? Eine ganze Reihe sehr verwickelter Bestimmungen über hypothekarische Sicherstellung der Bauforderungen. Wollten wir sie auseinanderlegen, unsere Leser würden nicht daraus Nutzen werden. Es ist aber auch gar nicht nötig. Die Frage, um die es sich dreht, war einfach folgende: Der Bauerschwindel, von dem ja in der Hauptsache die Verluste herühren, wird gewöhnlich in der Weise betrieben, daß der Baugeldgeber einem mittellosen Bauunternehmer eine bestimmte Summe vorstreckt, die nicht hinreicht, um den Bau zu vollenden. Die Summe wird durch erste Hypothek gesichert. Der Unternehmer baut darauf los und leidet zunächst selbst von dem ausgenommenen Gelde. Die Handwerker und Lieferanten bekommen wenig oder nichts, bis das Geld alle ist. Dann kommt der Bankrott, vom Unternehmer ist nichts zu holen, denn er hat nichts, die Handwerker und Lieferanten verlieren den Rest ihrer Forderungen und der Geldgeber kommt in Besitz des durch die inzwischen geleistete Arbeit wertvoller gewordenen Grundstücks. Wollte man dem steuern, so müßte man dafür sorgen, daß bei der Subhastation die Handwerker und Lieferanten mit ihren Forderungen vor der ersten Hypothek des Geldgebers rangieren. Das hatte man ursprünglich auch vor, dann hat man es aber doch nicht getan, sondern es bestimmt der § 34 des Gesetzes ausdrücklich, daß und unter welchen Umständen die Hypothek des Geldgebers sogar noch mit 5 pzt. Zinsen vor den sonstigen Forderungen kommt. Wenn aber das der Fall ist, was soll den Handwerkern der zweite Teil des Gesetzes nützen?

Anders aber konnte man es nicht machen. Man stelle sich nur vor, daß gesetzlich bestimmt würde, die Forderung des Geldgebers solle unter allen Umständen hinter den Forderungen der Handwerker und Lieferanten rangieren. Dann würde mit einem Schlage jede Möglichkeit, auf alle Weise Baugeld zu kriegen, aufhören. Kein reeller Geschäftsmann könnte sich darauf einlassen, daß in allen Geschäftsfällen, die so ein Bau durchmachen kann, seine Forderung erst dann kommt, wenn alle Handwerker und Lieferanten befriedigt sind. Das können nur solche Leute sein, die auf irgendeine unsolide Art ihr Schäfchen zu heben gedenken. Mit einem Schlage wäre also der letzte Rest solider Geschäftsgebarung vom Baumarkt verjagt und das Feld wäre nun erst ganz und gar dem Schwindlertum überlassen. Während also diese einzige wirkliche Sicherung als unmöglich erweist und deshalb in dem Gesetz fehlt, enthält es nur eine Reihe von höchst lästigen Bestimmungen, die sowohl dem Geldgeber wie dem Geldnehmer als auch dem Handwerker das Leben sauer machen und deshalb ebenfalls sehr geeignet sind, reelle Bauunternehmer und reelle Geldgeber abzuschrecken, ohne doch gegen diejenigen, die betrügen wollen, zu schützen. Würde man also im zweiten Teil des Gesetzes in Kraft treten lassen, so würde er sich nicht nur ebenfalls als ein Schlag ins Wasser erweisen, sondern er würde sogar wahrscheinlich ein Übel, denen er abhelfen will, noch verschlimmern.

Es hilft eben nichts, man muß den Aberglauben aufheben, als könne man ein soziales Übel durch ein einzelnes Verbot nebst Strafbestimmungen aus der Welt schaffen. So etwas muß organisch von innen heraus geschehen. Solange der Grund und Boden Gegenstand privaten Besitzes und privater Spekulation ist, wird er Gegenstand des Schwindels bleiben. Soll da geheilt werden, so muß viel tiefer gegriffen werden, nämlich in der Privatbesitz an Grund und Boden überhaupt.

In Halle haben die Arbeiter der Luruswagenfabrik von J. Kathe & Sohn...

Breslau. Nach den Linte-Hoffmann-Werken muß jeglicher Zugang streng ferngehalten werden.

Der Kampf in den Münchener Wagenbauanstalten dauert fort. Zugang ist streng ferngehalten.

Der Streik bei den Karosseriefirmen Christ, Ueber und Kuntze & Co. in Stuttgart dauert noch fort. Zugang ist dabei weiter ferngehalten.

Aus unserm Beruf.

Zum zwanzigjährigen Bestehen der Filiale Cottbus.

Am 20. Juni d. J. konnte unsere Filiale auf ihr zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Bereits am Sonntag...

Wir brauchen nur zwischen den Lohnverhältnissen von heute und denen vor 20 Jahren einen Vergleich zu ziehen. Gewiß, Lohnverhältnisse...

Neuhen i. O.-Schl. Das endlose Geschrei unserer feudalen Herrenhausmitglieder über den angeblichen Terrorismus...

Daß man dieses Glück in erster Linie in Oberschlesien versucht, ist nach mehr als einer Serie charakteristisch. Man hat sich endlich von der negativen Arbeit des sonst...

besonnen; das Wort Germanisation erinnert lebhaft an Russland und die dortige Gewalt Herrschaft. Auch die lammfromme Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine...

Nach all den schlechten Erfahrungen der mutigen Streiter im Kampfe gegen den Umsturz versucht es jetzt die Polizei, der hochhängenden Trauben Herr zu werden.

Bei unserer Organisation versuchte man es mit einer andern Weisheit, aber ein ganzes Duzend Kronzeugen entpuppte sich als politische Waisenkinder...

Aus Unternehmerkreisen.

Der Haushaltsplan der Berliner Bäckereiwirtschaft. Die Organisation der kleinen Handwerksmeister mit den Einnahmen hausguthalten bestehen, das zeigt der soeben der Öffentlichkeit unterbreitete Voranschlag...

Für schärfmacherische Zwecke, als Beitrag zum Arbeiterbeschäftigtenverband, sind 14.000 in die Ausgaben gestellt. Dagegen sind aber die vorgesehenen Aufwendungen für die der Innung durch die Gewerbeordnung übertragenen Aufgaben außerordentlich niedrig.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz der Arbeiterbibliothekare beruft der Zentralbildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. August 1914, nach Leipzig ein.

Der neue Reichstarif in den Genossenschaftsbäckereien. Der Genossenschaftstag in Bremen hat in diesen Tagen dem mit den Vertretern des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren...

nossenschaftsbäckereien beschäftigten Personen auf die Dauer von fünf Jahren (bis 1. August 1919) geregelt. Die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren steht seit 1904 mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine im Vertragsverhältnis.

Die Verbesserungen gegenüber dem seitlichen Vertrag sind in den Lohnzulagen, der Verlängerung der Ferien wie auch in einer längeren Dauer der Weiterbezahlung des Lohnes bei Krankheiten und militärischen Leistungen zu finden.

Die Einstellung der Arbeitskräfte erfolgt wie bisher durch die Arbeitsnachweise der vertragschließenden Gewerkschaft.

Der Reichstarif hat für die Bäcker und Konditoren eine weittragende Bedeutung. Sein Inhalt steht turmhoch über den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, wie sie heute noch in recht vielen handwerksmäßigen Kleinbetrieben anzutreffen sind.

Durch den Genossenschaftstarif werden für rund 8000 Personen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Nach einer Zusammenstellung gehören dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 240 Vereine mit Bäckereibetrieben an.

Die Tarifverträge im Deutschen Metallarbeiterverband. Die Tarifbewegung macht auch in der Metallindustrie von Jahr zu Jahr Fortschritte. Nach dem Bericht des Verbandes bestanden Ende 1912 (einschließlich der vom Schmiedeverband übernommenen 61 Tarife für 1498 Betriebe mit 4728 Personen) 1146 Tarife für 15 471 Betriebe mit 181 529 Personen.

Unter den Tarifen befinden sich auch 232 Tarifordnungen, die sich auf 2280 Betriebe mit 33 048 Personen erstrecken. Die Arbeitszeit wurde durch 1083 Tarife für 14 845 Betriebe mit 177 009 Personen geregelt.

Durch 1018 Tarife sind für 13 409 Betriebe mit 136 806 Personen Mindest- oder Einstellungslohn festgelegt. In 399 Tarifen ist der Stundenlohn bei Akkordarbeit geregelt.

Trotz aller Hindernisse hat sich der Tarifgedanke, wie die mitgeteilten Zahlen beweisen, in der Metallindustrie schon ein ziemlich weites Gebiet erobert. Den bisherigen Erfolgen werden sich weitere anreihen, wenn die Mitglieder des Verbandes eifrig für die Stärkung des Verbandes wirken.

Der Buchbinderverband im Jahre 1913. Wie so manche andere Gewerkschaft, hat nach dem sechsten herausgegebenen Bericht seines Vorstandes auch der Buchbinderverband im Jahre 1913 einen Mitgliedererfolg, wenn auch einen sehr kleinen, zu verzeichnen. Ein Verlust von 51 Mitgliedern will bei einem Bestand von 10 777 männlichen und 16 500 weiblichen, zusammen 27 277 Mitgliedern nicht viel besagen, zumal seit 1901 der Verband stets eine Zunahme seiner Mitgliederzahl hatte. Charakteristisch ist, daß 1913 die Zahl der männlichen Mitglieder sich um 64 erhöhte, während die der weiblichen Mitglieder um 115 zurückging. Auch das ist lange nicht dagewesen, denn entsprechend dem steigenden Heranziehen billigerer weiblicher Arbeitskräfte durch die Unternehmer stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder im Verbands schneller; für das Berichtsjahr wurde ein Ueberfließen der männlichen Mitglieder durch die weiblichen erwartet.

Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß eigentlich nach den steigenden Exportziffern das Jahr 1913 hätte ein Rekordjahr sein und die Arbeitslosigkeit zurückweichen müssen. Das Gegenteil aber war der Fall; denn für Arbeitslosenunterstützung mußte die absolut höchste Summe irgendeines Berichtsjahres, nämlich M 211 977 inf. der Ausgaben der Lokalkassen, ausgegeben werden. Die Erscheinung steigender Arbeitslosigkeit ist auf die Einführung immer vollkommener und neuer Maschinen zurückzuführen, die fast jede Handlähigkeit ersetzen oder doch wesentlich einschränken, so daß selbst größere Umsätze auf dem In- und Auslandsmarkte hieran nichts zu ändern vermögen. Demgegenüber wird auf die steigende Rentabilität der graphischen Betriebe nach den Veröffentlichungen von 108 Aktien-gesellschaften in den letzten Jahren hingewiesen, die nur durch das verfloßene Jahr eine kleine Unterbrechung erfahren haben, wofür aber das Jahr 1912 um so ergiebiger gewesen sei.

Lohnbewegungen führte der Verband 66 in 69 Orten durch, wovon 49 ohne Streit, 18 Angriffstreiks, 2 Abwehrstreiks und 2 Aussperrungen waren. Beteiligt waren an den Lohnbewegungen ohne Streit 3782 männliche und 3852 weibliche Personen, an den Streiks 353 männliche und 483 weibliche Personen und an den Aussperrungen 60 männliche und 67 weibliche Personen. Erreicht wurde durch diese Bewegungen: ohne Streit für 1747 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 2639 Stunden und für 4941 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von M 871; bei den Streiks für 29 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 55 Stunden und für 250 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von M 341, während bei den Aussperrungen für 94 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 282 Stunden erzielt wurde. Die Gesamtausgaben für die Lohnbewegungen betrugen M 111 176.

Außer der Arbeitslosenunterstützung, für die die Hauptkasse M 167 865 verausgabte, hatte sie als nächstgrößte Unterstützung noch M 99 260 für Kranke zu zahlen. An humanitären Unterstützungen — ohne Streikunterstützung — wurden insgesamt M 288 354 ausgegeben. Die gesamten Einnahmen der Verbandskasse — ohne die Einnahmen der lokalen Kassen — betrugen M 816 480, die gesamten Ausgaben, ohne Einschluß der Lokalkassen, M 637 508. Die Lokalkassen hatten eine Einnahme von M 274 375 und eine Ausgabe von M 200 486. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß M 1 370 870, wovon in der Verbandskasse M 984 606, als Vortrag in den Lokalkassen für 1914 M 45 744 und in den Lokalkassen als Vermögen der Ortsvereine M 369 318 sich befanden.

Der deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1913. Der Landarbeiterverband hatte am Schlusse des Jahres 1913 wieder einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz des verschärften Kampfes der Gegner des Verbandes. Die Bekämpfung des Verbandes wurde in zwei Konferenzen im Preussischen Abgeordneten-hause im Weisener der preussischen Regierung, von Vertretern des preussischen Landesökonomiekollegiums, des Bundes der Landwirte, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, des Deutschen Kriegereubundes und einer Reihe weiterer arbeiterfeindlicher Vereine eingeleitet. Der Bund der Landwirte hat dann eine Beobachtungsstelle eingerichtet mit der Aufgabe, jede irgendwie bemerkbare Tätigkeit des Verbandes, vor allem die Zeitung, zu überwachen und gegebenenfalls sofort die geeigneten Schritte einzuleiten. Die Organisation der Landarbeiter hat sich jedoch in den seither agitatorisch bearbeiteten Gebieten so fest eingelebt, daß trotz der vereinigten Gegner oder vielmehr gerade deshalb, ein weiteres Ansteigen der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Ein weiterer Umstand, der da und dort vielleicht als ein großes Gemis der weiteren Ausbreitung sich entgegenstellen konnte, war die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Veseitigung des niedrigsten Monatsbeitrages von 30 J. Der in einigen Orten hierauf zurückzuführende Rückgang ist wieder ausgeglichen worden.

Die Mitgliederzahl stieg von 18 157 (darunter 742 weibliche) im Jahre 1912 auf 20 267 (darunter 834 weibliche) im Jahre 1913. Die Mitglieder verteilen sich auf 555 Ortsgruppen. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von M 32 947 im Jahre 1912 auf M 100 995 im Jahre 1913. Unter den Ausgaben figurieren für Krankenunterstützung im Jahre 1912 die Summe von M 12 029, im Jahre 1913 die Summe von M 20 373. Der Rechtsschutz erforderte an Anwalts- und Gerichtskosten M 3880 im Jahre 1912 und M 7040 im Jahre 1913. Für die Verbandszeitung wurden 1912 ausgegeben M 10 970 und 1913 der Betrag von M 12 516. Erheblich sind die Summen, die von den Ortskassen direkt ausgegeben wurden, ebenso die Beträge für Eiergeld, Maßregelungsunterstützung und für Lohnbewegungen.

Die Zahl der durchgeführten Lohnbewegungen ist im Jahre 1913 erheblich gestiegen, ebenso auch die Summe der Erfolge, die meist in Erhöhungen des Wochenlohnes und in Verkürzung der Arbeitszeit bestanden. Zu einem großen Teil wurden diese Erfolge erzielt beim Ablauf des Arbeitsvertrages, zu einem Teil jedoch waren Arbeitseinstellungen nötig, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Die am meisten in Anspruch genommene Einrichtung des Verbandes, der freie Rechtsschutz, erforderte in den Jahren 1912/13 ein Eingreifen in 126 Fällen. Dabon

entfielen auf Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis 917, Straffachen 111, Unfallversicherung 141, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 86, Krankenversicherung 41 und andere Rechtsgebiete 70 Fälle. Voller Rechtsschutz mit Uebernahme der Kosten und freier Durchführung des Prozesses erfolgte in 832 Fällen, während in 584 Fällen nur Rechtshauskunft erteilt wurde. An barem Gelde wurde der Betrag von insgesamt M 6502 erstritten, und zwar entweder durch Klage oder im Vergleichswege. In einer Reihe weiterer Fälle wurden Deputate, die Ausfolgung von Zeugnissen usw. erreicht. Von den erfolgreich durchgeführten Arbeitsstreitigkeiten waren 132 bei Gericht anhängig, während 114 durch schriftliche Verhandlungen mit den Unternehmern zum Erfolg geführt werden konnten. In allen bei Gericht durchgeführten Prozessen war stets ein Rechtsanwalt als Vertreter des Klagen- oder beklagten Mitgliedes tätig.

Die unter den ungünstigsten Umständen erreichte Steigerung des Mitgliederbestandes ist die beste Gewähr dafür, daß der Organisationsgedanke unter den Land- und Forstarbeitern wächst und daß ihre Organisation auf dem besten Wege ist, ein würdiges und einflussreiches Glied in der modernen Arbeiterbewegung zu werden.

Der Glasarbeiterverband im Jahre 1913. In der Flaschenindustrie machte sich die Krise vornehmlich bemerkbar. In einer Reihe von Fabriken wurde der Betrieb eingeschränkt, oder die Werke wurden völlig stillgelegt. Wurde schon dadurch eine ziemlich bedeutende Arbeitslosigkeit hervorgerufen, so trug auch die immer mehr sich einbürgernde automatische Ovensmaschine noch wesentlich dazu bei. Ferner verschuldete die schlechte Konjunktur unter den Facettenschleifern besonders in Berlin eine große Beschäftigungslosigkeit. Nach der Arbeitslosenstatistik waren im letzten Jahre 4202 Mitglieder insgesamt 95 896 Tage arbeitslos, es entfielen also auf jeden Arbeitslosen 22,70 Tage.

Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt des Jahres 1913 gegen 10 001 im Jahre 1912. Die Gesamtsumme stieg auf M 615 915 gegen M 484 430 im Jahre 1912. Die Ausgaben erreichten M 471 029, so daß ein Ueberfluß von M 44 886 zu verzeichnen ist. Das Vermögen des Verbandes erhöhte sich von M 279 798 auf M 324 684. — An Lohnbewegungen und Streiks waren 4780 Personen beteiligt. Es fanden statt: 28 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 2 Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen; ferner 6 Angriffstreiks, 14 Abwehrstreiks und 8 Aussperrungen. Von den insgesamt 52 Bewegungen und Streiks waren 30 erfolgreich, 12 teilweise erfolgreich, 9 erfolglos und 1 Streik war nicht beendet. Durch die Bewegungen wurde erreicht: Arbeitszeitverkürzung für 1571 Personen 4468 Stunden wöchentlich, Lohnerhöhung für 1515 Personen zusammen M 2602 wöchentlich. Durch die Bewegungen wurden abgewehrt: Eine Verlängerung der Arbeitszeit für 98 Personen zusammen 288 Stunden wöchentlich und Lohnverkürzungen für 100 Personen insgesamt M 532 wöchentlich. Sonstige Verbesserungen wurden für 809 Personen erreicht.

Die Organisation kann zufrieden sein mit den erreichten Erfolgen. Besonders ist die Verkürzung der Arbeitszeit für 1571 Personen von Bedeutung, wenn man die Hartnäckigkeit der Glasindustriellen gerade gegenüber dieser Forderung und die niedergehende Konjunktur in Betracht zieht.

Die Tarifvertragsbewegung hat keinen Fortschritt zu verzeichnen gehabt. Am Beginn des Berichtsjahres bestanden 45 Verträge für 340 Betriebe und 5362 Personen. Davon erledigten sich 16 Tarife durch Ablauf oder andere Gründe, während im laufenden Jahre 17 Tarife neu abgeschlossen wurden. Von diesen gingen in das neue Geschäftsjahr 15 über, so daß am 1. Januar 1914 44 Tarife für 304 Betriebe mit 4908 Personen bestanden.

Eine Besserung der Konjunktur im Gewerbe ist leider im neuen Geschäftsjahre auch nicht zu verzeichnen.

Arbeiterversicherung.

Schiedsprüche in Arztekonflikten. Das „Berliner Abkommen“ vom 23. Dezember 1913 zwischen den Ärzten und Krankenkassenverbänden, das den Generalstreik der Ärzte verhinderte, sieht auch die Einsetzung von Schiedsämtern zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Ärzten und Kassen vor. Die Schiedsämter werden für den Bezirk jedes Oberversicherungsamtes (Regierungsbezirks) gebildet; der Vorsitzende des Oberversicherungsamtes ist immer auch gleichzeitig der Vorsitzende des Schiedsamtes. Außerdem sind zwei „Unparteiische“ da, die von diesem Vorsitzenden ernannt werden, und sechs Beisitzer, die je zur Hälfte von den Ärzten und Kassen gewählt werden.

Der Berliner Vertrag läßt die Frage der Honorarhöhe offen, und wenn inzwischen bei vielen Kassen die Differenzen noch nicht beigelegt worden sind, so drehen sich diese fast ausschließlich um die Bezahlung. Zur Beilegung der Streitigkeiten sind schon häufig die Schiedsämter angerufen worden, und es ist bereits möglich, ein vorläufiges Urteil über die Tätigkeit der neuen Institution abzugeben. Dieses ist jedoch kein aufmunterndes.

Bei dem Konflikt in Barmer ging der Schiedspruch dahin, daß das seitherige Honorar für die Behandlung der Mitglieder und deren Angehörigen von M 7 auf M 9 pro Jahr und Mitglied erhöht wird. Das bedeutet für die Kasse eine jährliche Mehrausgabe von M 90 000 und für die Ärzte eine Lohnerhöhung von 28 pZt. In Halle an der Saale hat das Schiedsamt eine noch viel auf-fälliger Entscheidung getroffen. Dort scheiterten die Unterhandlungen, weil zuletzt nur für die Behandlung der Mitglieder die Kasse M 6 geben wollte, die Ärzte aber M 7 verlangten. Der Schiedspruch billigt den Ärzten aber M 7,50 zu, also mehr als sie selbst forderten. Daneben müssen noch Geburts- und Nachhilfe- und Kilometer-geldern extra bezahlt werden. Auch im vergangenen Jahre waren die Ärzte bereit, einen Vertrag ab 1. Januar 1914 mit M 6 pro Mitglied abzuschließen. Der Schiedspruch gibt ihnen, da die Kasse rund 40 000 Mitglieder hat, M 60 000 mehr! Ähnlich ungünstig für die Kassen war das Eingreifen des Oberversicherungsamtes beziehungs-

weise des Schiedsgerichts in Königsberg, Brau-denz usw. In Oberstein erhielten die Ärzte seither M 4, der Schiedspruch billigte ihnen M 5,50 zu.

Durch das ganze Vorgehen der Ärzte sind wiederum die Aufwendungen der Kassen für die ärztliche Behandlung erheblich gestiegen, man kann wohl sagen durchschnittlich um 30 pZt. Gab es seither schon Kassen, die für eine kleine Zahl von Ärzten mehr ausgaben an Honorar als für die ganze Menge der erwerbsunfähigen Kranken an Krankengeld, so wird diese Erscheinung nunmehr zur Regel werden. Es ist kein Schlagwort, sondern bitterer Ernst, wenn es heißt, daß die Krankenkassen in höherem Maße Fürsorgeeinrichtungen für die Ärzte als für die Versicherten sind. Die Ärzte gehören zur herrschenden Klasse und sie fordern und erhalten von den Arbeitern auf diesem Wege ihren Tribut.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden hat sich zum Schmerzenskinde der neuen Reichsversicherungsordnung entwickelt. Man hätte es bislang nicht für möglich gehalten, daß in Deutschland, das doch ein Rechtsstaat sein will, auf einem neu geschaffenen Rechtsgebiete eine so grenzenlose Rechtsunsicherheit herrschen kann. Das Gesetz selbst stellt einige nicht genügend durchdachte Grund-sätze auf und überläßt das weitere den Anordnungen der Behörden und der Entscheidung der Rassenverwaltungen. Die Behörden versagen; der Bundesrat stellt zwar Muster-satzungen für die einzelnen Rassenarten auf, die Paragra-phen aber, die über die Versicherung der Hausgewerbe-treibenden Bestimmungen treffen sollen, enthalten nur Gedankenstriche. Die nötigen Ergänzungen sollen später kommen — so hieß es. Nun ist der die Krankenversicherung betreffende Teil der Reichsversicherungsordnung schon ein halbes Jahr in Kraft und die Hausgewerbetreibenden sind auch seitdem versicherungspflichtig, aber die nötigen „Muster“-Bestimmungen für die Rassenordnungen sind noch immer nicht erschienen. Ueber eine Reihe wichtiger Fragen herrscht noch Unsicherheit, zum Beispiel über die Höhe der Beiträge der Versicherten, die Berechnung des Krankengeldes, die Frage, wer als Zwischenmeister anzusehen ist usw. Hier und da sind von den Versicherungs-ämtern zwar einige „vorläufige“ Anordnungen getroffen worden, aber auch diese sind sehr unvollkommen und widersprechend. Zur Erhöhung des Ansehens unserer Gesetzgebung und öffentlichen Verwaltung trägt dieser Zustand jedenfalls nicht bei. Wie die „Deutsche Kranken-kassenzeitung“ (Berlin) mitteilt, haben einige Krankenkassenverwaltungen versucht, selbst die fehlenden Vorschriften zu formulieren und sie in die Rassenordnungen aufzunehmen. Sie wurden aber von den Oberver-sicherungsämtern damit abgewiesen und auf die noch aus-stehenden amtlichen Mustervorschriften verwiesen. Diese Beamten sagten sich, daß richtig nur das sein kann, was von den vorgelegten haben Behörden angeordnet und ab-geleitet ist.

Die Angelegenheit ist auch wiederholt im Reichstag zur Sprache gekommen. So gelegentlich der letzten sozial-politischen Woche und sodann am 19. Mai durch eine Reso-lution der Wirtschaftlichen Vereinigung. Diese verlangt, daß dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreten ein Gesetzesentwurf vorgelegt werde, durch den die fraglichen Vorschriften sobald nach Gehör der Beteiligten eine anderweitige, den Begriff der versicherungspflichtigen Haus-gewerbetreibenden zweifelsfrei feststellende und den Pro-duktionsprozeß der betreffenden Gewerbe nicht lähmende Regelung bezüglich der Krankenfürsorge der fraglichen Kategorien getroffen wird. Die Debatte über den Antrag war eine sehr lebhafte. Der Direktor im Reichsamt der Innern, Dr. Casper, erklärte die Höhe in der Muster-satzung würde in „aller nächster Zeit“ durch eine Verord-nung des Bundesrats ausgefüllt werden. Dabei wurde sich auch Gelegenheit finden, zu erwägen, ob einige der vor-gebrachten Wünsche Berücksichtigung finden könnten.

Aber auch bis jetzt ist die Verordnung nicht erschienen. Die Anarchie dauert weiter fort. Allerdings haben sich inzwischen die Verhältnisse dadurch etwas gebessert, daß sich die Kassen gewisse Gewohnheiten und Uebungen an-eigneten. Sie sind aber sehr verschieden. Ob sie richtig sind, müssen erst die kommenden „Musterparagrafen“ er-gaben.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Der dritte internationale Kongress für Gewerbe-krankheiten in Wien wird vom 21. bis 26. September ab-gehalten. Zur Verhandlung sollen eine Reihe auch für uns wichtiger Probleme kommen: 1. Ermüdung, 2. Arbeit in feuchter und heißer Luft, 3. Milbrand, 4. Pneumokokken, 5. Schädigung durch Elektrizität in Gewerbebetrieben, 6. Gewerbliche Gifte (vornehmlich Blei), 7. Schädigungen des Gehörs durch den gewerblichen Betrieb, 8. Verletzungen (Haut, Infektionen, Entschädigung von Berufskrankheiten usw.). Auskunft erteilt der Generalsekretär Dozent Dr. Teleky, Wien IX, Türkenstr. 23.

Die Ermüdung bei der Arbeit. Eine umfassende neuere Untersuchung über das Problem der Ermüdung bei der Arbeit durch Professor Roth in Potsdam ergab, daß die Schwierigkeit der Feststellung der Ermüdung besonders darin liege, daß diese je nach Art der Arbeit und der Arbeitsdauer für jeden Berufszweig anders gelagert ist und daß speziell für die Frage der Ermüdung neben den be-züglichsten auch wirtschaftliche, soziale und persönliche Mo-mente von großer Bedeutung sind. Für die Leistungen einer bestimmten Arbeitsenergie ist vor allem der Grad der Entwaldung der bei der Arbeit in Anspruch ge-nommenen Organe, der Muskeln und Nerven, ausschlag-gehend. Ermüdung ist die natürliche Folge körperlicher oder geistiger Arbeit, Uebermüdung die Folge einer inner-halb der Norm nicht wieder ausgeglichenen Ermüdung. Je mehr die Ermüdung zur Uebermüdung führt, um so leichter entwickelt sich sogenannte reizbare Schwäche. Bei den Ar-beitern spielt die Art der Muskelarbeit eine große Rolle: ob einzelne Muskeln übermäßig angestrengt werden, ob die Körperhaltung eine freie, oder gezwungene ist und namentlich, ob die Bauch- oder Brustatmung bei der Ar-beit behindert und dadurch der Abfluß des Blutes aus den

Das eigenhändige Mischen der Zinkgrüne wird der Maler wohl immer nur dann vornehmen, wenn es sich um Bedarf nur in kleinen Mengen handelt.

Bezüglich der äußeren Anwendungsfälle für Zinkgrün ist zu sagen, daß sich diese Farbe wegen ihrer besonders großen Lichtechtheit und Leuchtkraft namentlich für Deckmalerei im Freien, an Gebäudeseiten und deren Anzweigungen, aufs vorzüglichste eignet.

Franz Fammeler, Berlin.

Literarisches.

Tarifverträge des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom Jahre 1913. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. 388 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Preis broschiert M. 2, gebunden M. 2,50.

Die Lage der Arbeiter im Drechslergewerbe. Ergebnisse einer statistischen Erhebung vom November 1912. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes. 48 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Preis M. 1.

Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit von Julius Bruhn, Offenbach a. M., ist als Heft 16 der sozialdemokratischen Gemeindepolitik im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienen und als Vereinsausgabe zum Preise von 50 Pf zu beziehen.

Das Luft-, Licht-(Sonne-)Bad für Gesunde und Kranke nach dem neuesten Standpunkte der Wissenschaft sowie nach eigenen reichen Erfahrungen dargestellt von Dr. med. U. Kühner, Herzogl. Kreisphysikus z. D. (80 Pf.) Vierte Auflage. Hof-Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

Großartig sind die Heilwirkungen des Luft- und Lichtbades, und wenn man bedenkt, daß dieses Bad das natürlichste und einfachste Bad darstellt, so kann man begreifen, daß es kein Sanatorium mehr gibt ohne Luft- und Lichtbad, und daß man ferner fast in jeder Stadt heute schon Gelegenheit hat, sich der Wohltat dieses Bades teilhaftig zu machen.

Kurzer Leitfaden für Mütter, herausgegeben von der Schwester Lydia Kuehland. Die Verfasserin (eine Genossin), Leiterin und Vortragende der von der Volkshochschule veranstalteten Mütterkurse, verbunden mit Säuglingsausstellung, hat große Anerkennung mit ihrer Broschüre gefunden.

Gegen den staatlichen Gehörzwang. Neben des Reichstagsabgeordneten August Bruhn, des Genossen Dr. Silberstein und der Genossin Luise Rieh. Die Broschüre ist 24 Seiten stark und kostet 15 Pf. Verlag ist die Volkshochschule Hannover, Nikolaistr. 7.

Welche Rechte hat das uneheliche Kind und seine Mutter? Gemeinverständlich dargestellt und mit Klagenformularen, Mustern und ausführlichen Kalendertabellen versehen von Richard Durgemeister. Verlagsanstalt von L. Schwarz & Comp., Berlin S 14, Dresdener Straße 80. Preis M. 1,10, in Leinenband M. 1,35, Taschenformat.

Sterbetafel.

Darmstadt. (Griesheim.) Am 15. Juni starb der Kollege Jakob Kreuter, geboren am 28. August 1846. Gotha. Am 26. Juni starb plötzlich unser Kollege Karl Langloß aus Siebleben im Alter von 66 Jahren an Herzschlag. Mannheim. Am 12. Juni starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitkolle Franz Laver, 78 Jahre im Alter von 88 Jahren an der Prostatenkrankheit. Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptkassa vom 28. bis 29. Juni. Eingeliefert wurden für die Hauptkassa: Göttingen M. 1000, Nowawes 800, Barmuth 1000, Lübeck 800, Hildesheim 250, Gießen 800, Kassel 600, Saarbrücken 200, Danzig 600, Heidelberg 180, Bremerhaven 1000, Böttingen 27 Pf. Straßburg 200. Berichtigung: In voriger Nummer muß es heißen: Stuttgart M. 1000 statt Gotha M. 1000.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, K = Kalender, E = Eintrittsmarken, D = Doppelmarken, V = Vorkasse, F = Futurale): Kassel 2000 B + 80 Pf. 400 B + 100, 2000 B + 120, Coblenz 600 B + 80, 100 B + 100, 600 B + 120. Darmstadt 2000 B + 80, 1200 B + 100, Düsseldorf 2000 B + 120. Eberswalde 200 B + 80, Gießen 2000 B + 80, 1000 B + 100, 1000 B + 120. Gießen 400 B + 75, 400 Y + 55. Grotzenburg 200 B + 75. Hildesheim 2000 B + 85. Mannheim 6000 B + 120. Nürnberg 6000 B + 85, 6000 B + 105, 6000 B + 120, 200 B. Osnabrück 600 B + 75. Plauen 2000 B + 80, 1200 B + 100. Stuttgart 1 K. Stuttgart 8 K.

Die Woche vom 5. bis 11. Juli ist die 27. Beitragswoche. G. Wenzler, Kassierer.

Junger Malergehilfe für dauernde Arbeit sofort gesucht A. Niemojer, Niemojoh b. Welle.

Malergehilfen neu: noch ein Chr. Naumann, Malermeister, Süßbahu i. Süßhaz.

Malergehilfe in Hamburg, 15 Jahre bestehend, umstände halber sofort zu verkaufen. Off. unter N. W. Nr. 128 in die Expedition dieses Blattes.

Filiale Leipzig. Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Verbandsbureau, Wolfshaus Zeitzer Straße 32, 4. Et.

Die Arbeitsvermittlung geschieht vormittags von 10 bis 11 Uhr und abends von 7 bis 9 Uhr.

Wir eruchen die reisenden Kollegen, nur unsern Arbeitsnachweis zu benutzen und alles Umschauen zu unterlassen. [M. 3,50] Der Filialvorstand.

Filiale München.

Der Arbeitsnachweis befindet sich in den Geschäftsräumen der Filiale Gewerkschaftshaus, Pestalozzistr. 40/44, III., Zimmer 78.

Vermittlung vormittags von 10 bis 11 Uhr, nachmittags von 5 bis 6 Uhr (Sonnabends bis 7 Uhr).

Der Arbeitgebarnachweis ist streng zu meiden, da die Arbeitgeber es strikte ablehnen, im Anschluß an die Stadt München einen paritätischen Nachweis zu errichten. Ebenso werden die Kollegen ersucht, das Umschauen zu unterlassen. [M. 8] Die Filialverwaltung.

Sämtl. Farben u. Lacke, Schablonen

Vorensrollen Paar M. 6,- und M. 5,-, Schwammrollen M. 3,-. Durchziehbürste "Practicus" M. 5,-. Schriftentwerke 80 Pf bis M. 20,-. Intarsien usw. Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.

Abbeizsalbe gar Colorabit gar. das beste und billigste Abbeizmittel der Zukunft. Von der Material-Prüfungs-Kommission München glänzend begutachtet. Chemische Industrie G. m. b. H. Biberach-Ries. Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Maler-Mäntel erprobte Qualitäten, bequemer Sitz. Qual. III A 3,50, II A 2,75, I A 2,-. Messel-Jacks A 1,75, Messelhose A 1,75. Glatte Mäntel ohne Falten A 2,50, 4, 5, 6. Als Maß arbitto sog. Militärgröße. Julius Hammerschlag Halle a. d. S. S., Gr. Ullrichstr. 26.

Malvorlagen für Dekorationsmaler (12 farbige Tafeln) A 8. Die Malvorlagen sind für jeden strebsamen jungen Maler unentbehrlich und von großem Nutzen. Schriften für Maler (12 Tafeln mit Text) A 8. Herausgegeben von Moritz Bauer, Schriftensammler und Fachlehrer. Die Schriften für Maler sind von unschätzbarem Wert für jeden Maler, der das Rechnen von Schriften und Firmen korrekt erlernen will. In meinem Verlage erscheint auch die Münchener Malerzeitung im 11. Jahrgang. Preis A 6 jährlich. Die Münchener Malerzeitung erscheint monatlich einmal und bringt im Jahre 12 farbige Tafeln. Probenummer gratis. Vertreter an allen Plätzen gesucht.

M. NEUBERG BREMEN Arbeiter- u. Berufskleidung für alle Gewerbe- u. Industriezweige. Prompter Versand nach auswärts.

Schriftenwerke Prakt. Schriftzweigen von König A 2,70. Vorlagen zu A 2,50, 1,50 und -,-. Neu! Die Schrift, 24 Tafeln A 2,50. Albert Kern, Nürnberg Peter Steig Nachf., Obere Würthstr. 16/17.

Umformt geben, das geht nicht, aber für A 15, alle Arbeiten halt umformt, erhalten Sie je einen Satz Strich- und Berliner Dekorationsmaler, Kinds- und Kitzhaarmalerei, Stahl- und Lederarbeiten, je einen Dachdecker-, Schläger-, Möbeler- (S. Dr.), eine Klempner-, ein Werk- u. Innendruck- od. Schrift- u. Holz- G. Job. Wörnerberg 5, Fegelsstr. 12.

Maler-Mäntel, weicher als in Sitz, Haltbarkeit u. Schnitt. Direktor Vorstand an jedem Mann ab. Fabrik-Lassen Sie sich meine Preisliste kommen. Spex. Fabr. f. Berufs-Bekl. Emil Hübner, Dresden - A., Ritterstr. 2/4.

Teilzahlung!! Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstecher, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Koffer usw. Kataloge gratis und franco liefern. Jonass & Co., Berlin A. 445. Belle-Alliancestr. 5.

101 Vorlagen (19:18 cm) für Ornamente, Blätter, Rahmen, Schablonen usw. nach vorläufiger Bestellung zum Besten und Billigsten. [M. 2,50]

Die Holzmalerei, in handlicher Größe und Farbe, nach Bestellung, A 2,-. [M. 2,50]

36 Tafeln (21:15 cm) moderne Dekorationsmalerei, Plakate und Firmenlogos nach den neuesten Formen, einfach, versiert und wirksam. A 2,-. [M. 2,50]

Die Firmen- u. Glasbildmalerei, 2. Aufl. (21:15 cm), 20 Seiten, nach vielen Wünschen und ausführlicher Anleitung A 2,10. [M. 2,50]

Schablonenstanzreize, runde, ovale, eckige Stanzreize, gerade u. gebogene Stanzreize, 1 Satz (40 Blätter) A 12. Verlangen Sie Schablonen von Emil Kretzner, Dresden - A., Lohsestr. 12. [M. 2,50]

E. Göttsch, Regisbrunn, Dresden - A., Rathenaustr. 10. [M. 2,50]

Maler-Mäntel 118 124 130 cm Länge A 2,- 2,50 3,-. [M. 2,50]

D. Wurzel & Co., Berlin Bräckerstraße 15, 1. Et. [M. 2,50]

Buchstaben-Bausen, womit jeder, sogar ein Schriftling, ohne jeden technischen Talent u. ohne lange Übung, eleg. u. vornehme Schilderarbeiten herstell. kann. Ganze Serie: 9 Doppelblätter in 6 Hefen v. 2, 5, 7, 10, 15 u. 20 cm, je 10 Blätter in 2 u. 25 Pf. Buchst. nach Maß, je 10 Blätter in 2 u. 25 Pf. Buchst. nach Maß, je 10 Blätter in 2 u. 25 Pf. Buchst. nach Maß, je 10 Blätter in 2 u. 25 Pf. Buchst. nach Maß. [M. 2,50]

Die große Fachzeitschriftenschau auf der Buchgewerblichen Welt-Ausstellung Leipzig 1914, Mai-Oktober bringt zum Aushang den Vereins-Anzeiger

Ein köstlicher Gedanke, wenig getragene Herrenkleider, vom feinsten Publikum stammend, für nachstehend billige Preise erhalten zu können. Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge von A 12,- bis 48,-. Frühjahrs- und Sommer-Überzieher von A 6,- bis 48,-. Gehrock- und Frack-Anzüge von A 15,- bis 58,-. Smoking-Anzüge von A 22,- bis 62,-. Einzelne Hosen oder Saccos von A 3,- bis 12,-. Verlangen Sie sofort meinen illustrierten Prachtkatalog Nr. 12 gratis und franko. Für nicht zuzugende Waren erhalten Sie unbedenklich das Geld zurück. Spezial-Versandhaus für Herrenkleider vom besten Publikum stammend L. Spielmann München, Gärtnersplatz 1 u. 2. Telefon 2084. - Telegr.-Adresse: Spielmann, München, Gärtnersplatz.